

FREIBERUFLER-TICKER vom 29. September 2017

1. EU-Kommission im Gespräch mit Sozialpartnern über fairere und berechenbarere Arbeitsverträge

Im Rahmen der Umsetzung der [europäischen Säule sozialer Rechte](#) hat die Europäische Kommission Gespräche mit Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften aufgenommen. Im Fokus steht vor allem die Ausweitung des Geltungsbereichs der Richtlinie über Arbeitsverträge ([Richtlinie über schriftliche Erklärungen](#)) auf ausnahmslos alle Beschäftigungsformen. Für die Arbeitgeber soll die Aktualisierung der Rechtsvorschriften zu mehr Rechtsklarheit und -sicherheit führen sowie zur Unterbindung unfairen Wettbewerbs beitragen. Das Ziel der EU-Kommission ist es, ein Gleichgewicht zwischen dem grundlegenden Schutz von Arbeitnehmern und dem Potenzial für die Schaffung von Arbeitsplätzen und Innovationen auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen. Die Sozialpartner haben bis zum 3. November 2017 im Rahmen einer Konsultation die Möglichkeit, zu den geplanten Aktualisierungen des EU-Arbeitsvertragsrechts Stellung zu beziehen. Bis zum Ende des Jahres plant die EU-Kommission, einen Legislativvorschlag vorzulegen. Auf dem [Sozialgipfel](#) am 17. November 2017 in Göteborg (Schweden) werden ebenfalls die Themen faire Arbeitsplätze und Wachstum behandelt.

2. Bundesrat stärkt Berufsheimnisträgerschaft

Ende vergangener Woche hat der Bundesrat das Gesetz zur Neuregelung des Schutzes von Geheimnissen bei der Mitwirkung Dritter an der Berufsausübung schweigepflichtiger Personen ([18/11936](#)) gebilligt ([608/17](#)). Zuvor hat der Deutsche Bundestag das Gesetz am 29. Juni 2017 verabschiedet. Nach der Neufassung des § 203 StGB ist künftig das Offenbaren von geschützten Geheimnissen gegenüber Personen, die an der beruflichen oder dienstlichen Tätigkeit des Berufsheimnisträgers mitwirken, soweit dies für die ordnungsgemäße Durchführung der Tätigkeit der mitwirkenden Personen erforderlich ist, nicht strafbar. Im Gegenzug werden diese mitwirkenden Personen in die Strafbarkeit nach § 203 Strafgesetzbuch (StGB) einbezogen. Der BFB hat in seiner Stellungnahme vom 25. April 2017 aus Rechtssicherheitsgründen Präzisierungen im Straf- und Berufsrecht gefordert, die aufgenommen worden sind.

3. Bundesrat zur Meldepflicht bei Steuervermeidung

Ende vergangener Woche hat der Bundesrat eine Empfehlung ([524/17](#)) zum Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission ([COM\(2017\) 335](#)) betreffend die Änderung der [Richtlinie 2011/16/EU](#) zum verpflichtenden automatischen Informationsaustausch im Bereich der Besteuerung über meldepflichtige grenzüberschreitende Modelle beschlossen. Der Kommissionsvorschlag sieht vor, dass Intermediäre den Finanzbehörden melden müssen, falls ihre Mandanten Steuervermeidungsmodelle beabsichtigen, oder gegebenenfalls die Meldepflicht an ihre Mandanten delegieren müssten. Der Bundesrat hat die Bundesregierung aufgefordert, sich gegenüber der EU-Kommission für Änderungen am Richtlinienvorschlag einzusetzen, um die Praktikabilität und die Anwendbarkeit der Richtlinie in Deutschland zu verbessern und die Besonderheiten des deutschen Steuersystems bei der Ausgestaltung der Kennzeichen zu berücksichtigen.

4. IAB-Prognose zur Zahl der Arbeitslosen im Jahr 2018

Laut einer [Pressemitteilung](#) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) vom 26. September 2017 wird die Arbeitslosigkeit 2018 voraussichtlich bei knapp 2,5 Millionen Personen liegen. Das wären rund 60.000 weniger als in diesem Jahr. Zugleich wird dem IAB

zufolge die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2018 um 550.000 auf 44,83 Millionen steigen. Aufgrund der großen Zahl von Erwerbstätigen wird das Arbeitsvolumen im Jahr 2018 erstmals die Marke von 60 Milliarden Stunden überschreiten. Das IAB erwartet in seiner Prognose ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 1,9 Prozent im Jahr 2017 und von 1,7 Prozent im Jahr 2018. Ein großes Plus erwartet das IAB bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, die 2017 bei 32,22 Millionen und 2018 bei 32,83 Millionen Menschen liegen wird.

5. BMBF fördert neue Projekte zur Forschungsindikatorik

Laut einer [Pressemitteilung](#) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) vom 28. September 2017 hat das BMBF neue Projekte zur Forschungsindikatorik gestartet. Forscher werden diversen Fragen, darunter die Art und Weise, wie Innovationen gemessen werden, und die Rolle von Digitalisierung und von Datenmengen, in sieben Verbund- und Einzelprojekten in den nächsten drei Jahren nachgehen. Pro Jahr stellt das BMBF den Projekten eine Fördersumme von einer Million Euro zur Verfügung und die Projekte starten zwischen Oktober 2017 und Januar 2018.

6. Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2017 „Aufschwung weiter kräftig – Anspannungen nehmen zu“

Die [Gemeinschaftsdiagnose](#) Herbst 2017 mit dem Titel „Aufschwung weiter kräftig – Anspannungen nehmen zu“ der führenden Wirtschaftsinstitute ist am 28. September 2017 veröffentlicht worden. Demnach soll das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 1,9 Prozent und im nächsten Jahr um zwei Prozent wachsen. Die Arbeitslosigkeit soll weiter sinken (2017: 5,7 Prozent; 2018: 5,5 Prozent). Die Institute rechnen mit einem Anstieg der Verbraucherpreise um jeweils 1,7 Prozent im laufenden und im kommenden Jahr um 1,8 Prozent.

7. BMWi unterstützt europäische Cloud-Initiativen

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) hat am 26. September 2017 Vertreter europäischer Cloud-Initiativen aus Frankreich, Italien, den Niederlanden, Österreich, Rumänien, Tschechien, der Slowakei, Deutschland sowie der Europäischen Kommission zu einer [Cloud-Computing](#)-Konferenz eingeladen. Das Ziel der Europäischen Cloud-Initiativen ist es, europaweit harmonisierte Standards für Clouds zu entwickeln und auf dieser Basis nationale Zertifikate gegenseitig anzuerkennen. Das BMWi will mit der Einführung gemeinsamer Standards vor allem kleine und mittlere Unternehmen länderübergreifend unterstützen, Cloud-Angebote besser bewerten und für sich nutzen zu können. Die Cloud-Initiative ist aus Sicht des BMWi ein wichtiger Faktor für die digitale Transformation der nationalen Wirtschaft.